

# **Abschlussklärung der Landeskonferenz 2024 der DFG-VK NRW**



Deutsche Friedensgesellschaft -  
Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen LV NRW  
[www.nrw.dfg-vk.de](http://www.nrw.dfg-vk.de)

Ein sofortiges Ende der Kampfhandlungen in der Ukraine und in Nahost forderten die Teilnehmer:innen der Landeskonferenz der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) NRW, die am 27./28. April 24 in Duisburg stattfand. Sie riefen die Kriegsparteien in beiden Konflikten auf, schnellstmöglich einen Waffenstillstand zu vereinbaren und den Weg frei zu machen für Verhandlungen über eine Friedenslösung.

Auch nach über zwei Jahren zeichnet sich kein Ende des Krieges in der Ukraine ab, beide Seiten beharren auf Maximalzielen und die NATO trägt politisch und militärisch ihren Teil dazu bei, dass das so bleibt. Die DFG-VK NRW sagt Nein zu Taurus-Lieferungen und anderer militärischer Unterstützung, die die Eskalation des Krieges bedeuten würde. Eine solche Eskalation könnte bis hin zum Atomkrieg führen. Über 500.000 Opfer, Tote und Verwundete auf beiden Seiten sind bisher Ergebnis dieser verfehlten Politik. Die DFG-VK NRW unterstützt die Forderungen von Papst Franziskus und dem SPD Fraktionsvorsitzenden Mützenich nach mehr Diplomatie und stellt sich den Stimmen entgegen, die deren Stellungnahmen verächtlich gemacht oder gar als Verrätertum diffamiert haben. Wie zuletzt das US-Magazin „foreign affairs“ bestätigte, bestand schon im März 2022 eine reale Chance auf einen Verhandlungsfrieden, die durch Druck westlicher Staaten zunichte gemacht wurde. Die Friedensorganisation bekräftigte ihre Forderung: „Waffenstillstand statt Waffenlieferungen – Stoppt das Töten in der Ukraine!“

Angesichts der Gewalt in Nahost äußerte die Landeskonferenz der DFG-VK NRW ihr Mitgefühl für die Opfer und ihre Angehörigen, sowohl in Israel als auch in Gaza. Das jahrzehntelange Leiden der Palästinenser ist keine Rechtfertigung für den Angriff der Hamas auf israelische Zivilisten, dieser Angriff kann aber auch nicht die Rechtfertigung für die Angriffe der israelischen Armee auf Frauen und Kinder im Gaza-Streifen sein. Die Konferenzteilnehmer:innen forderten beide Seiten dringend auf, einen Waffenstillstand zu vereinbaren. Dringend forderten sie von Israel die Öffnung von Grenzübergängen für Nahrungsmittel- und Medikamentenlieferungen nach Gaza, um die katastrophale humanitäre Situation dort zu beenden. An die Hamas ging die Forderung nach sofortiger Freilassung der Geiseln. Die DFG-VK NRW tritt ein für eine Lösung des Konfliktes, die ein friedliches Leben von Palästinensern und Israelis ermöglicht, wie etwa die Zwei-Staaten-Lösung.

Entschieden stellte sich die Landeskonferenz gegen die Forderung von Militärminister Pistorius nach der Kriegstüchtigkeit Deutschlands. Als Schritte hin zu dieser Kriegstüchtigkeit hat Deutschland aktuell den höchsten Militäretat seit Jahrzehnten, will Minister Pistorius die Wehrpflicht wieder aktivieren und die Bildungsministerin in den Schulen die Vorbereitung auf einen Krieg einführen. Die Friedensorganisation fordert stattdessen ein friedensfähiges Deutschland und diskutierte auf der Konferenz über Konzepte der Sozialen Verteidigung und einer Außenpolitik auf Grundlage der Friedenslogik. Die Bundeswehr bemüht sich seit Jahren, genug freiwillige junge Menschen zu rekrutieren. Dabei scheut sie auch vor der Aufnahme von Minderjährigen nicht zurück, 10% sind es nach aktuellen Meldungen. Die DFG-VK NRW unterstützt die Erklärung der Landeschülerinnenvertretung NRW zu den Plänen der Bildungsministerin: „Schule sollte sich auf zukunftsorientierte Inhalte, statt auf das Werben für das Militär konzentrieren.(...) Es ist schlicht falsch, durch Schulbesuche das Militär als Teil einer friedlichen Gesellschaft zu inszenieren.“ Die DFG-VK NRW sagt nein zu Plänen für eine neue Wehrpflicht und fordert „Bundeswehr raus aus den Schulen“.

Für den 8. Juni bereitet die DFG-VK NRW zusammen mit ihren Ortsgruppen und anderen Friedensgruppen Aktionen in Aachen und Augustdorf gegen den „Tag der Bundeswehr“ vor. Sie will dort gegen die Versuche der Armee protestieren, die Bevölkerung für eine auf Militär und Krieg aufbauende Außenpolitik zu gewinnen und fordert eine Stärkung ziviler Formen der Konfliktbearbeitung. Anfang August führt die Organisation eine einwöchige Friedensfahrradtour quer durch NRW durch.

Duisburg, 28.4.2024